

KOMMUNALWAHL PROGRAMM

2026–2031

AfD Kreisverband Salzgitter



RATHAUS
SALZGITTER



FÜR EIN SICHERES,
STARKES UND
LEBENSWERTES SALZGITTER



Kommunalwahlprogramm

AfD Salzgitter

2026-2031

Für eine sichere, freie und lebenswerte Stadt

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Salzgitter ist unsere Heimat. Eine Stadt mit industrieller Stärke, engagierten Menschen, lebendigen Stadtteilen und einer langen Geschichte. Gleichzeitig stehen wir vor Herausforderungen, die entschlossenes kommunalpolitisches Handeln erfordern. Viele Menschen wünschen sich mehr Sicherheit, eine leistungsfähige Verwaltung, gute Schulen, bezahlbaren Wohnraum und eine starke Wirtschaft. Diese Erwartungen nehmen wir ernst.

Kommunalpolitik entscheidet unmittelbar über den Alltag der Menschen. Sie bestimmt mit, wie sicher unsere Stadt ist, wie gut unsere Infrastruktur funktioniert, wie Familien unterstützt werden und welche Zukunftsperspektiven Unternehmen und Arbeitnehmer vor Ort haben.

Mit diesem Kommunalwahlprogramm legen wir unsere Ziele für die Wahlperiode 2026 bis 2031 vor. Es beschreibt unsere Vorstellungen für die Entwicklung Salzgitters und zeigt auf, wie wir unsere Stadt gemeinsam sicherer, lebenswerter und zukunftsfähiger gestalten möchten.

Unser Anspruch ist eine Politik mit Augenmaß, klaren Prioritäten und verantwortungsvollem Umgang mit öffentlichen Mitteln. Entscheidungen sollen nachvollziehbar sein, kommunale Aufgaben zuverlässig erfüllt und die Interessen der Bürger in den Mittelpunkt gestellt werden.

Wir laden Sie ein, sich mit unseren Vorschlägen auseinanderzusetzen und gemeinsam mit uns Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt zu übernehmen.

AfD Kreisverband Salzgitter

Präambel

Salzgitter verfügt über großes Potenzial. Unsere Stadt ist geprägt von industrieller Leistungsfähigkeit, engagierten Bürgern, starken Vereinen und einer vielfältigen Gemeinschaft. Gleichzeitig stehen wir vor Herausforderungen, die eine verantwortungsvolle und vorausschauende Kommunalpolitik erfordern.

Viele Bürger sorgen sich um die Sicherheit in ihren Stadtteilen, um die Qualität unserer Schulen, um bezahlbaren Wohnraum, um eine verlässliche Gesundheitsversorgung, um eine leistungsfähige Verwaltung und um die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Diese Anliegen verdienen eine Politik, die Probleme offen anspricht und tragfähige Lösungen entwickelt.

Wir verstehen Kommunalpolitik als Verantwortung gegenüber den Menschen, die in Salzgitter leben, arbeiten und ihre Zukunft gestalten. Entscheidungen müssen transparent, nachvollziehbar und rechtsstaatlich getroffen werden. Was vor Ort entschieden werden kann, soll auch vor Ort entschieden werden. Gleichzeitig erwarten wir, dass Bund und Land die Kommunen bei neuen Aufgaben angemessen ausstatten und finanziell nicht überfordern.

Dieses Kommunalwahlprogramm beschreibt unsere Ziele für die Entwicklung Salzgitters bis zum Jahr 2031. Es verbindet den Anspruch, Bewährtes zu erhalten, notwendige Veränderungen verantwortungsvoll zu gestalten und die Zukunft unserer Stadt aktiv zu entwickeln.

Unser Ziel ist ein Salzgitter, das Sicherheit bietet, wirtschaftlich stark bleibt, Familien unterstützt, Ehrenamt fördert und seinen Bürgern dauerhaft gute Lebensbedingungen ermöglicht – für ein sicheres, starkes und lebenswertes Salzgitter.

I. Grundsätze

Politik für die Bürger – Verantwortung für unsere Stadt

Die Politik in Salzgitter muss sich wieder konsequent am Wohl der Bürger orientieren. Aufgabe von Rat und Verwaltung ist es, Probleme zu lösen, anstatt sie zu verwalten oder zu relativieren. Entscheidungen müssen nachvollziehbar, transparent und rechtssicher sein.

Die Kommune trägt Verantwortung für die grundlegenden Aufgaben des Gemeinwesens. Dazu gehören insbesondere Sicherheit und Ordnung, eine leistungsfähige Verwaltung sowie eine funktionierende öffentliche Infrastruktur. Öffentliche Einrichtungen sollen allen Bürgern gleichermaßen offenstehen und politisch neutral geführt werden.

Kommunale Selbstverwaltung bedeutet für uns, dass Salzgitter seine eigenen Handlungsspielräume konsequent nutzt und die Interessen seiner Bürger selbstbewusst vertritt. Neue Aufgaben dürfen der Stadt nur übertragen werden, wenn ihre Finanzierung dauerhaft gesichert ist. Eine fortlaufende Verlagerung finanzieller Belastungen auf die Kommunen lehnen wir ab.

Bürgerbeteiligung muss mehr sein als eine formale Pflicht. Wichtige Planungen und Projekte sollen frühzeitig vorgestellt und offen mit den Bürgern diskutiert werden. Bürgerentscheide, Anhörungen und Beteiligungsverfahren müssen ernst genommen werden und eine tatsächliche Mitwirkung ermöglichen.

Unsere Grundsätze

- Politik orientiert sich am Wohl der Bürger.
- Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein.
- Recht und Gesetz gelten für alle gleichermaßen.
- Kommunale Selbstverwaltung muss gestärkt werden.
- Verantwortung und Finanzierung gehören zusammen.
- Öffentliche Einrichtungen sind politisch neutral zu führen.
- Bürger sollen frühzeitig in wichtige Entscheidungen einbezogen werden.

Unser Ziel

Wir wollen ein Salzgitter, in dem Vernunft, Verantwortung und Rechtsstaatlichkeit die Grundlage kommunalen Handelns bilden. Eine Stadt, in der Politik Vertrauen schafft, Verwaltung verlässlich arbeitet und die Interessen der Bürger im Mittelpunkt stehen.

II. Verwaltung und Bürgernähe

Eine Verwaltung, die den Menschen dient

Eine leistungsfähige, bürgernahe Verwaltung ist die Grundlage für eine funktionierende Stadt. Bürger dürfen sich nicht als Bittsteller fühlen, sondern müssen darauf vertrauen können, dass ihre Anliegen kompetent, zügig und respektvoll bearbeitet werden.

Lange Bearbeitungszeiten, unklare Zuständigkeiten und schwer verständliche Bescheide schwächen das Vertrauen in den Staat. Deshalb setzen wir uns für verbindliche

Bearbeitungsfristen, feste Ansprechpartner und eine verständliche Kommunikation in allen Verwaltungsbereichen ein.

Digitale Verwaltungsangebote sollen Abläufe vereinfachen und den Bürgerservice verbessern. Online-Terminvergaben, digitale Anträge und transparente Bearbeitungsstände müssen zum Standard werden. Gleichzeitig darf der persönliche Kontakt nicht verloren gehen. Gerade ältere Menschen oder Bürger ohne digitale Möglichkeiten müssen weiterhin unkompliziert Zugang zu allen Verwaltungsleistungen haben.

Im Rathaus müssen klare Verantwortlichkeiten gelten. Entscheidungen sollen nachvollziehbar, effizient und rechtssicher getroffen werden. Fehler müssen offen korrigiert und Verwaltungsabläufe regelmäßig überprüft werden. Eine moderne Verwaltung zeichnet sich durch Zuverlässigkeit, Serviceorientierung und Verantwortungsbewusstsein aus.

Unsere Ziele

- Verbindliche Bearbeitungsfristen für Verwaltungsverfahren
- Feste Ansprechpartner und klare Zuständigkeiten
- Verständliche Bescheide und Formulare
- Ausbau digitaler Verwaltungsangebote
- Erhalt persönlicher Beratungsmöglichkeiten
- Effizienter und verantwortungsvoller Einsatz öffentlicher Mittel
- Regelmäßige Überprüfung interner Verwaltungsabläufe
- Mehr Transparenz bei kommunalen Entscheidungen

Unser Anspruch

Wir wollen eine Stadtverwaltung, die leistungsfähig, bürgernah und lösungsorientiert arbeitet. Sie soll den Menschen dienen, Verantwortung übernehmen und durch Verlässlichkeit Vertrauen schaffen.

III. Sicherheit und Ordnung

Schutz für Bürger und den öffentlichen Raum

Sicherheit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für Freiheit, Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer sich im eigenen Wohnumfeld unsicher fühlt, verliert Vertrauen in den öffentlichen Raum und in die Handlungsfähigkeit des Staates. Unser Ziel ist ein Salzgitter, in dem sich Menschen jeden Alters sicher bewegen können – auf Schulwegen, in Parks, an Haltestellen und in allen Stadtteilen.

Kriminalität, Vandalismus, Drogenhandel, aggressive Gruppenbildungen sowie Respektlosigkeit gegenüber Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Ordnungsbehörden beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl vieler Bürger. Besonders besorgniserregend ist die zunehmende Gewalt durch Kinder und Jugendliche, insbesondere an Schulen, auf Schulhöfen und in Wohnquartieren.

Kommunale Sicherheitspolitik ersetzt nicht die Arbeit der Polizei. Sie kann jedoch durch einen starken kommunalen Ordnungsdienst, eine enge Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen sowie konsequentes Handeln im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten einen wichtigen Beitrag leisten.

Unsere Ziele

Wir setzen uns ein für:

- einen personell gut ausgestatteten und regelmäßig sichtbaren kommunalen Ordnungsdienst in allen Stadtteilen
- eine verstärkte Präsenz an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten sowie im Umfeld von Schulen, Spielplätzen und Jugendtreffpunkten
- eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Ordnungsdienst, Schulen und Jugendhilfe
- den Einsatz rechtlich zulässiger Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten
- ein konsequentes Vorgehen gegen Gewalt, Sachbeschädigung, Drogenhandel und wiederholte Straftaten
- den besonderen Schutz von Kindern und Jugendlichen auf Schulwegen und an öffentlichen Einrichtungen
- eine systematische Erfassung und Auswertung der Entwicklung von Kinder- und Jugendkriminalität
- frühzeitige Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt- und Problemstrukturen

Konsequentes Vorgehen gegen ausländische Mehrfachtäter

Die Stadt soll im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeiten alle ausländer- und ordnungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um gegen ausländische Mehrfachtäter konsequent vorzugehen. Hierzu gehören eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Landes- und Bundesbehörden sowie die Unterstützung bestehender Ausweisungs- und Rückführungsverfahren, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Unser Anspruch

Recht und Gesetz müssen für alle gleichermaßen gelten. Wer Straftaten begeht oder das friedliche Zusammenleben nachhaltig beeinträchtigt, muss mit den vorgesehenen rechtlichen Konsequenzen rechnen. Unser Ziel ist eine Stadt, in der öffentliche Räume sicher bleiben und die Bürger Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates haben.

IV. Migration und Integration

Ordnung durchsetzen. Integration ermöglichen.

Die Zuwanderung der vergangenen Jahre stellt auch Salzgitter vor große Herausforderungen. Schulen, Kindertagesstätten, der Wohnungsmarkt, die Sozialsysteme und die Sicherheitsbehörden stoßen vielerorts an ihre Belastungsgrenzen. Gleichzeitig zeigen sich in einzelnen Stadtteilen zunehmende Probleme durch Überforderung, fehlende Integration und Konflikte im öffentlichen Raum.

Zuwanderung muss begrenzt, gesteuert und rechtlich konsequent geregelt werden. Wer dauerhaft in Salzgitter leben möchte, muss die deutsche Sprache erlernen, die geltenden Gesetze achten und bereit sein, sich in die hiesige Gesellschaft einzugliedern. Integration ist keine Einbahnstraße; sie verlangt Anstrengung und Mitwirkung.

Unsere Ziele

Wir setzen uns ein für:

- die konsequente Anwendung des geltenden Aufenthaltsrechts sowie die Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten in enger Zusammenarbeit mit Land und Bund
- Sachleistungen statt Bargeld nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, um Fehlanreize zu reduzieren und Missbrauch vorzubeugen
- eine gerechte Verteilung und vollständige Kostenerstattung durch Land und Bund für alle migrationsbedingten Aufgaben der Kommune
- klare Anforderungen an Sprachkenntnisse sowie die Teilnahme an Integrationsangeboten als Voraussetzung für eine dauerhafte gesellschaftliche Teilhabe
- den Schutz von Wohnquartieren, Schulen und öffentlichen Einrichtungen vor Überlastung, Gewaltentwicklungen und Parallelstrukturen
- ein konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Familien- und Gruppenstrukturen, insbesondere bei wiederholten Straftaten durch Minderjährige

Unser Anspruch

Humanität und Ordnung gehören für uns zusammen. Hilfe für Schutzbedürftige setzt die Einhaltung von Recht und Gesetz voraus. Nur wenn Regeln gelten und konsequent durchgesetzt werden, kann Integration gelingen und der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserer Stadt dauerhaft gesichert werden.

V. Bildung

Weil unsere Kinder Besseres verdienen

Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft unserer Stadt. Schulen müssen Orte des Lernens, der Leistung und des gegenseitigen Respekts sein. Überforderung, Sprachprobleme, Gewalt und Disziplinlosigkeit dürfen nicht länger beschönigt werden.

Schulen müssen sichere Orte sein. Lehrkräfte müssen ihren Bildungsauftrag ohne Angst vor Bedrohung, Gewalt oder massiven Unterrichtsstörungen erfüllen können. Unterricht darf nicht durch einzelne Schülerinnen und Schüler oder Gruppen dauerhaft beeinträchtigt werden. Der Schutz von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften hat oberste Priorität.

Sprache ist der Schlüssel zu erfolgreicher Bildung. Jedes Kind muss dem Unterricht folgen können. Deshalb sind verbindliche Sprachstandsfeststellungen vor der Einschulung notwendig. Wo Defizite bestehen, müssen verpflichtende Fördermaßnahmen greifen, bevor der reguläre Unterricht beginnt.

Nicht jedes Kind lernt auf die gleiche Weise oder im gleichen Tempo. Förderschulen sind unverzichtbar und müssen erhalten sowie gestärkt werden. Sie sind keine Ausgrenzung, sondern eine notwendige Form gezielter und individueller Förderung.

Schulen brauchen klare Regeln und deren konsequente Durchsetzung. Bei wiederholten schweren Störungen, Gewalt oder Bedrohungen müssen spürbare Konsequenzen folgen. Der Schutz der Mehrheit darf nicht hinter dem Fehlverhalten einzelner zurückstehen.

Digitale Ausstattung soll den Unterricht sinnvoll unterstützen, den Lehrer jedoch nicht ersetzen. Technik ist ein Hilfsmittel und kein Selbstzweck. Pädagogische Freiheit und Verantwortung vor Ort sind zu stärken.

Entscheidend ist der Lernerfolg, nicht allein die Anwesenheit. Bildung darf sich nicht im bloßen Absitzen von Schulstunden erschöpfen.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Niedersachsen Modellprojekte zur Bildungspflicht als Alternative zu einem starren Schulzwang ermöglicht und unter staatlicher Aufsicht alternative Lernformen zulässt. Die Stadt Salzgitter soll sich dafür einsetzen und kommunale Lern-, Förder- und Prüfungsangebote als Ergänzung zum bestehenden Schulsystem unterstützen.

Unser Ziel

Unser Ziel ist mehr Qualität, mehr Sicherheit, mehr Ordnung und mehr Wahlfreiheit für Familien, damit jedes Kind die bestmögliche Förderung erhält.

VI. Kultur und Wissenschaft

Heimat statt Umerziehung

Kultur stiftet Identität und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Vereine, Chöre, Theater, Museen, Traditionsfeste und das Ehrenamt prägen Salzgitter und verdienen verlässliche Unterstützung. Sie halten unsere Stadt lebendig und verbinden Generationen.

Öffentliche Kulturförderung muss der kulturellen Vielfalt dienen und darf nicht zur politischen oder ideologischen Beeinflussung missbraucht werden. Kulturelle Einrichtungen sind Orte der Begegnung und des Austauschs, nicht der Belehrung. Ihre weltanschauliche Neutralität ist zu wahren.

Erinnerungskultur soll würdig, sachlich und respektvoll gestaltet werden – ohne Instrumentalisierung und ohne pauschale Schuldzuweisungen an heutige Generationen. Geschichte muss erklärt und eingeordnet werden; sie darf nicht für aktuelle politische Zwecke verzerrt oder missbraucht werden.

Wissenschaft und Bildungseinrichtungen müssen Orte freier Meinungsbildung sein. Forschung und Lehre brauchen Freiheit von politischem Druck. Offener Diskurs, das Leistungsprinzip und intellektuelle Redlichkeit bilden die Grundlage wissenschaftlicher Arbeit.

Heimat ist kein rückwärtsgewandter Begriff. Sie schafft Orientierung, Verantwortung und Zusammenhalt. Eine starke lokale Kultur stärkt das Gemeinwesen und fördert den Respekt vor der Geschichte sowie den gewachsenen Traditionen unserer Stadt.

VII. Soziales

Gerecht helfen. Verantwortung stärken.

Sozialpolitik muss denjenigen helfen, die Unterstützung tatsächlich benötigen. Sie darf jedoch keine dauerhafte Abhängigkeit schaffen und keine Parallelstrukturen finanzieren, die ihrem eigentlichen Zweck nicht gerecht werden.

Steigende Mieten, Energiepreise und Lebenshaltungskosten belasten viele Familien, Alleinerziehende, Senioren und Menschen mit geringem Einkommen. Hilfe muss zielgerichtet, transparent und wirksam sein. Der Einsatz öffentlicher Mittel hat sich am tatsächlichen Nutzen für die Bürger zu orientieren.

Unsere Ziele

Wir setzen uns ein für:

- eine konsequente Ausrichtung der kommunalen Sozialausgaben auf rechtmäßige, transparente und wirksame Hilfeleistungen
- die vollständige Überprüfung aller städtischen Zuwendungen an politische, asyl- und migrationsbezogene sowie sonstige ideologisch geprägte Nichtregierungsorganisationen (NGO). Mittel sollen dort gekürzt oder eingestellt werden, wo kein nachweisbarer, unmittelbarer und satzungsgemäßer Bezug zu kommunalen Pflichtaufgaben oder ein konkret messbarer sozialer Nutzen besteht.
- die Beendigung der Finanzierung von Strukturen, die überwiegend politisch, lobbyistisch oder verwaltungsparallel tätig sind, ohne den Bürgern vor Ort konkret zu helfen
- den Vorrang einer direkten Unterstützung von Familien, Kindern, Senioren, Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftigen gegenüber kostspieligen Verwaltungs- und Projektstrukturen
- die Stärkung des Ehrenamts durch Bürokratieabbau und verlässliche Rahmenbedingungen

Unser Anspruch

Hilfe muss befähigen und unterstützen, nicht entmündigen oder Abhängigkeiten verfestigen. Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, Verantwortung und Solidarität miteinander zu verbinden und die begrenzten finanziellen Mittel der Stadt dort einzusetzen, wo sie den Menschen in Salzgitter tatsächlich zugutekommen.

VIII. Gesundheit und Sport

Vorsorge, Versorgung und Zusammenhalt

Eine gute medizinische Versorgung und ein starkes Vereinsleben sind zentrale Säulen der Lebensqualität in Salzgitter. Gesundheit ist keine Frage des Wohnortes oder des Einkommens, sondern Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Die haus- und fachärztliche Versorgung in allen Stadtteilen muss langfristig gesichert werden. Ansiedlungen neuer Ärztinnen und Ärzte, Praxisübernahmen sowie die Nachwuchsgewinnung sollen aktiv unterstützt werden, damit keine medizinischen Versorgungslücken entstehen.

Krankenhäuser und die Notfallversorgung müssen leistungsfähig und wohnortnah bleiben. Eine Zentralisierung zulasten Salzgitters lehnen wir ab. Kurze Wege, ausreichend Rettungswagenstandorte und gut ausgestattete Notaufnahmen sind unverzichtbar.

Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen brauchen Unterstützung. Der Ausbau von Kurzzeitpflege, Tagespflege und wohnortnahen Angeboten sowie die Entlastung pflegender Angehöriger haben für uns hohe Priorität.

Die wohnortnahe Apothekenversorgung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Apotheken sichern Notdienste, bieten fachkundige Beratung und gewährleisten eine schnelle Arzneimittelversorgung – insbesondere für ältere und chronisch kranke Menschen. Die Stadt soll sich für den Erhalt bestehender Standorte einsetzen.

Psychische Gesundheit verdient besondere Aufmerksamkeit. Niedrigschwellige Beratungsangebote sowie Maßnahmen zur Sucht- und Suizidprävention – insbesondere für Kinder und Jugendliche – sollen weiter ausgebaut werden.

Sportvereine leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Gesundheit, Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Turnhallen, Sportplätze und Schwimmbäder sind zu erhalten und zu modernisieren. Schwimmunterricht für Kinder hat dabei einen hohen Stellenwert. Barrierefreie Sportangebote sowie der Rehabilitationssport sollen gezielt gefördert werden.

Unser Anspruch

Gesundheit, Prävention und Sport gehören zu den wichtigsten Aufgaben einer zukunftsfähigen Kommune. Unser Ziel ist eine verlässliche Gesundheitsversorgung, starke Sportvereine und eine leistungsfähige Infrastruktur, die den Menschen in Salzgitter in jeder Lebensphase zugutekommt.

IX. Verkehr und Stadtentwicklung

Infrastruktur erhalten. Lebensqualität sichern.

Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur und eine ausgewogene Stadtentwicklung sind Voraussetzungen für Lebensqualität, wirtschaftliche Stärke und soziale Teilhabe in Salzgitter.

Erhalt vor Neubau: Straßen, Brücken und Unterführungen müssen systematisch instand gesetzt und saniert werden. Sicherheit und Substanzerhalt haben Vorrang vor ideologisch motivierten Prestigeprojekten.

Parkraum und Erreichbarkeit: In Innenstädten und Stadtteilzentren sind ausreichende, gut erreichbare und bezahlbare Parkmöglichkeiten für Anwohner, Kunden, Pendler und das Handwerk zu sichern. Ein ideologisch motivierter Rückbau von Stellflächen wird abgelehnt.

Öffentlicher Personennahverkehr: Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss verlässlich, sicher und sauber sein. Taktung und Anbindung der Ortsteile sind zu verbessern. Ziel ist eine attraktive Alternative, nicht die Verdrängung des Individualverkehrs.

Verkehrssicherheit und Ordnung: Gute Beleuchtung, sichere Schulwege, eine übersichtliche Verkehrsführung und gezielte Geschwindigkeitskontrollen an Gefahrenstellen

erhöhen die Sicherheit. Maßnahmen müssen sich an tatsächlichen Risiken orientieren, nicht an Symbolpolitik.

Stadtentwicklung und Wohnen: Neue Baugebiete und Nachverdichtungen sind mit Augenmaß zu planen. Gewachsene Quartiere, Grünflächen und Wohnqualität sind zu schützen. Infrastruktur wie Schulen, Kindertagesstätten, Ärzte, Verkehrsanbindungen und Parkraum muss mit dem Wohnungsbau Schritt halten.

Leerstand und Problemimmobilien: Verwahrlosung, Schrottimmobilien und Angsträume sind konsequent zu bekämpfen. Eigentümer sind in die Pflicht zu nehmen, um Quartiere zu stabilisieren und die Lebensqualität zu sichern.

Gewerbe, Industrie und Logistik: Für Arbeitsplätze braucht es planungsrechtliche Verlässlichkeit und gut angebundene Gewerbe- und Industrieflächen. Eine Verdrängung durch ideologisch motivierte Flächenpolitik lehnen wir ab.

Barrierefreiheit: Gehwege, Haltestellen, öffentliche Gebäude und sichere Querungen sind barrierefrei auszubauen, damit Mobilität für alle Generationen gewährleistet ist.

X. Wohnen

Bezahlbar, geordnet und für die Bürger unserer Stadt

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Für viele Familien, Alleinerziehende, Senioren und junge Menschen wird es in Salzgitter zunehmend schwieriger, eine bezahlbare und passende Wohnung zu finden. Mieten, Baukosten und Nebenkosten sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Wohnen darf nicht zum Luxus werden.

Die Stadt muss deshalb dafür sorgen, dass neuer Wohnraum entsteht, bestehender Wohnraum erhalten bleibt und unnötige Kosten beim Bauen vermieden werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen schneller, einfacher und verlässlicher werden. Wer bauen möchte, braucht klare Regeln statt langwieriger Auflagen und Verzögerungen.

Der Wohnungsbau muss sich wieder stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen orientieren. Überzogene Standards, ideologisch motivierte Vorgaben und kostspielige Sonderauflagen treiben die Baukosten unnötig in die Höhe. Bezahlbares Wohnen braucht praktikable Lösungen, wirtschaftliche Bauweisen und mehr Handlungsspielraum für Bauherren und Eigentümer.

Der soziale Wohnungsbau ist zu stärken. Menschen mit geringem Einkommen, Familien mit mehreren Kindern und besonders belastete Haushalte benötigen verlässlichen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum. Öffentliche Förderung muss dort ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht wird, statt in bürokratischen Strukturen zu versickern.

Problemimmobilien, Schrottimmobilien und leerstehende Gebäude mindern die Lebensqualität ganzer Quartiere. Eigentümer müssen stärker in die Verantwortung genommen werden, wenn Gebäude verfallen oder die Nachbarschaft belasten. Verwahrlosung, Müll, Lärm und Unsicherheit dürfen nicht hingenommen werden.

Nachverdichtung kann sinnvoll sein, wenn sie maßvoll erfolgt und die gewachsenen Strukturen der Stadtteile respektiert. Neue Bebauung darf nicht zulasten von Grünflächen, Parkraum und Wohnqualität gehen. Wohngebiete müssen lebenswert bleiben und dürfen nicht durch eine übermäßige Verdichtung belastet werden.

Mieterschutz ist wichtig. Mieter brauchen Verlässlichkeit, Transparenz und Schutz vor übermäßigen Belastungen. Gleichzeitig benötigen auch Vermieter Planungssicherheit. Ein fairer Ausgleich zwischen den Interessen beider Seiten ist notwendig, damit Wohnraum erhalten und geschaffen wird.

Das Wohnumfeld ist ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Saubere Straßen, gepflegte Grünanlagen, sichere Wege sowie eine gute Anbindung an Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, Ärzte und den öffentlichen Nahverkehr machen Quartiere attraktiv. Wohngebiete müssen so entwickelt werden, dass sich Menschen dort wohl und sicher fühlen.

Barrierefreies Wohnen gewinnt angesichts des demografischen Wandels zunehmend an Bedeutung. Wohnungen und Wohnumfeld müssen so gestaltet werden, dass ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen möglichst lange selbstbestimmt leben können. Barrierefreiheit darf nicht durch unnötige Mehrkosten verhindert werden.

Kommunale Gebühren und Abgaben dürfen das Wohnen nicht zusätzlich verteuern. Grundsteuer, Entwässerungsgebühren und andere laufende Belastungen müssen maßvoll bleiben. Die Stadt darf Eigentümer und Mieter nicht immer weiter belasten, sondern muss bezahlbares Wohnen aktiv unterstützen.

XI. Wirtschaft und Energie

Arbeitsplätze sichern. Versorgung bezahlbar halten.

Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für sichere Arbeitsplätze, kommunale Einnahmen und soziale Stabilität. Salzgitter braucht gute Rahmenbedingungen für Unternehmen, Handwerk, Industrie und Handel. Wirtschaftspolitik muss sich an Leistungsfähigkeit, Verlässlichkeit und Praxisnähe orientieren.

Gewerbeflächen und Ansiedlungspolitik

Ausreichende, gut erschlossene Gewerbe- und Industrieflächen sind die Voraussetzung für neue Ansiedlungen und die Erweiterung bestehender Betriebe. Planungsrechtliche Blockaden, ideologisch motivierte Flächenkonzepte und langwierige Genehmigungsverfahren schrecken Investoren ab und gefährden Arbeitsplätze. Die Stadt muss ihre Flächenpolitik mit Augenmaß gestalten und wirtschaftliche Entwicklung aktiv ermöglichen.

Bestandspflege der Unternehmen

Nicht nur neue Ansiedlungen, sondern vor allem die bestehenden Unternehmen sichern die wirtschaftliche Stärke Salzgitters. Feste Ansprechpartner, schnelle Entscheidungen und unbürokratische Unterstützung sind entscheidend. Die Stadt muss Unternehmen als Partner behandeln und ihnen bei Erweiterungen, Genehmigungen und Standortfragen verlässlich zur Seite stehen.

Fachkräftesicherung und Ausbildung

Ohne gut ausgebildete Fachkräfte gibt es keine stabile wirtschaftliche Zukunft. Die Ausbildung in Betrieben, Berufsschulen und im Handwerk muss gestärkt werden. Die Stadt soll junge Menschen frühzeitig für handwerkliche, technische und kaufmännische Berufe begeistern sowie die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft weiter ausbauen.

Innenstadt und Einzelhandel

Eine lebendige Innenstadt braucht Sicherheit, Sauberkeit, gute Erreichbarkeit und attraktive Rahmenbedingungen für Handel und Gastronomie. Leerstand, Angsträume und Verkehrsbehinderungen schaden dem Einzelhandel. Statt zusätzlicher Belastungen braucht es Maßnahmen, die Besucher anziehen und die Innenstadt als Einkaufs- und Begegnungsort stärken.

Kommunale Abgaben und Gebühren

Wirtschaftliche Aktivität darf nicht durch immer höhere kommunale Belastungen ausgebremst werden. Gewerbesteuer, Gebühren und Abgaben müssen verlässlich und wettbewerbsfähig bleiben. Die Stadt muss sparsam wirtschaften und darf Unternehmen nicht als beliebig belastbare Finanzierungsquelle betrachten.

Energiepreise und Versorgungssicherheit

Bezahlbare und sichere Energie ist eine Grundvoraussetzung für Industrie, Handwerk und private Haushalte. Überzogene politische Vorgaben, unsichere Versorgungskonzepte und künstlich verteuerte Energie gefährden Standorte und Arbeitsplätze. Salzgitter braucht eine realistische, verlässliche und bezahlbare Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und technologische Offenheit gewährleistet.

XII. Kommunale Wärmeplanung und Gasnetze

Versorgungssicherheit erhalten. Technologieoffen handeln.

Der Umbau der Wärmeversorgung muss mit Augenmaß erfolgen. Einen pauschalen Rückbau oder gar eine vorschnelle Stilllegung bestehender Gasnetze lehnen wir ab, solange verlässliche Alternativen nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen.

Viele Fragen zur zukünftigen Wärmeversorgung sind noch offen. Für Haushalte, Unternehmen und die kommunale Infrastruktur braucht es Klarheit über Kosten, Technik, Versorgungssicherheit und die tatsächliche Umsetzbarkeit der geplanten Maßnahmen.

Wärmeplanung darf keine Wunschvorstellung bleiben, sondern muss sich an den tatsächlichen Gegebenheiten orientieren. Sie braucht belastbare Daten, transparente Zeitpläne und eine ehrliche Bewertung der finanziellen Folgen für Bürger und Betriebe.

Freiwilligkeit reicht nicht aus, wenn am Ende faktisch nur ein einziger Weg vorgegeben wird. Die Menschen müssen verlässlich entscheiden können, welche Heiztechnik für ihr Gebäude geeignet und bezahlbar ist.

Monopolartige Strukturen bei der Wärmeversorgung lehnen wir ab. Wettbewerb, Wahlfreiheit und technologische Offenheit sind notwendig, damit Kosten begrenzt und Innovationen ermöglicht werden.

Die bestehende Infrastruktur ist ein Wert an sich. Wer funktionierende Netze vorschnell aufgibt, gefährdet die Versorgungssicherheit, verursacht hohe Zusatzkosten und nimmt späteren Generationen unnötige Handlungsoptionen.

Die Stadt soll auf eine Wärmeplanung hinwirken, die Bestand, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit miteinander verbindet. Eigentümer, Unternehmen und kommunale Einrichtungen brauchen Planungssicherheit statt ideologisch geprägter Vorgaben.

Neue Vorgaben dürfen nicht dazu führen, dass Bürger zu teuren oder technisch ungeeigneten Lösungen gedrängt werden. Der Umbau der Wärmeversorgung muss sozial verträglich, praktikabel und schrittweise erfolgen.

Gasnetze dürfen nicht als überflüssig behandelt werden, solange sie für viele Menschen eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten. Ihre Zukunft ist sorgfältig zu prüfen und darf nicht politisch vorweggenommen werden.

Unser Anspruch

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Entscheidungen zur kommunalen Wärmeplanung offen, nachvollziehbar und im Interesse der Bürger getroffen werden. Infrastruktur darf nicht leichtfertig aufgegeben werden, sondern muss verantwortungsvoll erhalten und weiterentwickelt werden.

XIII. Schacht Konrad

Bürger schützen. Risiken neu bewerten. Alternativen prüfen.

Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in Salzgitter und der Region sind ernst zu nehmen. Die Errichtung eines Endlagers in unmittelbarer Nähe unserer Stadt darf nicht gegen berechnigte Sicherheitsinteressen durchgesetzt werden.

Schacht Konrad ist aus unserer Sicht nicht geeignet, als dauerhaftes Endlager betrachtet zu werden, wenn neue technische Erkenntnisse, veränderte Anforderungen und ungeklärte Risiken vorliegen. Eine Entscheidung von solcher Tragweite muss regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden.

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik schreitet stetig voran. Was früher als sicher galt, muss anhand aktueller Erkenntnisse neu bewertet werden – insbesondere, wenn es um den Schutz von Mensch, Umwelt und Grundwasser geht.

Wir fordern eine umfassende Neubewertung des Projekts unter Einbeziehung aller verfügbaren Daten, unabhängiger Experten und der betroffenen Bevölkerung. Transparenz und Nachvollziehbarkeit sind dabei unverzichtbar.

Statt einer starren Festlegung braucht es Offenheit für Alternativen. Die sichere und verantwortungsvolle Entsorgung radioaktiver Abfälle muss sich am bestmöglichen Schutz von Mensch und Umwelt orientieren.

Der Schutz der Bürger hat Vorrang vor politischen oder verwaltungstechnischen Festlegungen. Salzgitter darf nicht zum Standort langfristiger Risiken werden, wenn sicherere Alternativen zur Verfügung stehen.

XIV. Krisenvorsorge für Wirtschaft und Energie

Versorgung sichern. Krisen vorbereiten.

Katastrophen- und Krisenvorsorge müssen auch länger andauernde Stromausfälle, Versorgungsengpässe und andere schwerwiegende Störungen berücksichtigen. Wirtschaft, Energieversorgung und kritische Infrastrukturen benötigen belastbare Notfall- und Vorsorgepläne, um auch in außergewöhnlichen Situationen handlungsfähig zu bleiben.

XV. Corona-Aufarbeitung

Verantwortung klären. Vertrauen wiederherstellen.

Die Corona-Jahre haben tiefe Spuren in unserer Gesellschaft hinterlassen. Es ist notwendig, die getroffenen Maßnahmen, Entscheidungen und ihre Folgen umfassend aufzuarbeiten, damit staatliches Handeln künftig besser bewertet und nachvollzogen werden kann.

Dazu gehört eine vollständige Offenlegung der Entscheidungsgrundlagen, der wissenschaftlichen Bewertungen und der politischen Abstimmungen. Nur wenn nachvollziehbar ist, warum bestimmte Maßnahmen beschlossen wurden, kann verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden.

Besonders Kinder und Jugendliche haben unter Schulschließungen, Kontaktbeschränkungen und sozialen Einschränkungen gelitten. Ihre Entwicklung, ihr Bildungsweg und ihre psychische Gesundheit wurden in einer Weise belastet, die nicht in Vergessenheit geraten darf.

Auch in Pflegeheimen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen wurden weitreichende Maßnahmen getroffen. Der Schutz besonders gefährdeter Menschen muss künftig mit mehr Augenmaß, Menschlichkeit und Verhältnismäßigkeit erfolgen.

Einzelne Maßnahmen waren von erheblichem gesellschaftlichem Druck begleitet – bis hin zu Sanktionen gegenüber Kritikern und Andersdenkenden. Ein freiheitlicher Rechtsstaat muss berechnete Kritik zulassen und den offenen gesellschaftlichen Diskurs schützen.

Wichtig ist außerdem die dauerhafte Sicherung von Unterlagen, Protokollen und Entscheidungsgrundlagen, damit eine spätere Aufarbeitung nicht an fehlenden Dokumenten scheitert. Entscheidungen, die in außergewöhnlichen Krisensituationen getroffen werden, müssen auch im Nachhinein überprüfbar bleiben.

Aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie müssen klare Lehren gezogen werden. Politik muss auch in Krisenzeiten sorgfältig abwägen, Grundrechte achten und die Verhältnismäßigkeit staatlicher Maßnahmen jederzeit sicherstellen.

Wir lehnen die pauschale Wiederholung unverhältnismäßiger Maßnahmen ab, die Familien, Vereine, Unternehmen und das öffentliche Leben erheblich belastet haben.

Unser Ziel ist es, dazu beizutragen, dass sich unverhältnismäßige Eingriffe in Grundrechte und in das Leben der Menschen unserer Stadt künftig nicht wiederholen.

XVI. Schlusswort

Salzgitter ist Heimat für viele Menschen, die hier leben, arbeiten, ihre Kinder großziehen und Verantwortung für unsere Stadt übernehmen. Unser Kommunalwahlprogramm soll dazu beitragen, diese Heimat zu bewahren und zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Es ist Ausdruck unseres Anspruchs, nicht nur Probleme zu benennen, sondern konkrete Antworten für die Zukunft Salzgitters zu geben. Politik muss den Bürgern dienen und darf sich nicht in leeren Versprechen erschöpfen.

Wir stehen für Respekt vor Leistung, Engagement und Verlässlichkeit. Wer in dieser Stadt Verantwortung übernimmt, sich ehrenamtlich engagiert oder wirtschaftlich etwas aufbaut, verdient Anerkennung und Unterstützung.

Salzgitter hat in seiner Geschichte viele Herausforderungen gemeistert und sich immer wieder neu behauptet. Daraus erwächst die Zuversicht, auch die kommenden Aufgaben mit Mut, Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß anzugehen.

Heimat bedeutet Zugehörigkeit, Sicherheit, Verantwortung und Zusammenhalt. Sie ist kein Schlagwort, sondern der Ort, an dem Menschen füreinander eintreten und gemeinsam Zukunft gestalten.

Glück auf Salzgitter!